V-01-NEU-182

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: Erik Marquardt

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 181 bis 182 einfügen:
Schutzsuchende um und in Europa zu kämpfen. Denn klar ist: Die Situation der Menschen, die in Europa Schutz suchen, muss deutlich besser werden.

Die Rechte von Menschen zu beschneiden, die durch Machthaber instrumentalisiert werden, lehnen wir ab. Stattdessen muss es mehr europäische Solidarität in Krisensituationen geben, wie vom Europäischen Parlament vorgeschlagen. Dafür setzen wir uns in der Bundesregierung bei den Verhandlungen im Rat zur Krisenverordnung ein und machen unsere Zustimmung davon abhängig, ob Krisensituationen real und human so geregelt werden, dass Menschen in Not und nicht Populisten geholfen wird. Die Massenzustromrichtlinie hat sich bewehrt.

Begründung

Der Rat hat noch keine Position zur Krisenverordnung. Das ist aber Voraussetzung, um die Paketverhandlungen zu beginnen. Die Bundesregierung muss sich in diesen Verhandlungen für mehr Solidarität statt mehr Abschottung in Krisenzeiten einsetzen und ihre Zustimmung davon abhängig machen, ob das unter dem Strich herauskommt.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Andrea Wörle (KV Ostallgäu); Ska Keller (KV Spree-Neiße)